

Łódz

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Łódź, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Konto 63-508
Kattowitz, Plebisycytowa 35; Bielsk, Republikanista 4

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Der Korruptionsfumpf in Danzig

Wieder vier führende Nazis wegen Unterschlagung mehrerer tausend Gulden verhaftet!

Die Kette der zahlreichen Korruptionsaffären in Danzig, die nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten zu verzeichnen gewesen sind, ist durch eine neue große Affäre vergrößert worden. Diese neue Affäre übersteigt an Umfang alle bisherigen Diebereien der Danziger Nazis, denn nicht weniger als vier höhere Nazibonzen wurden am gestrigen Tage von der Danziger Polizei unter der Anklage der Verübung von Unterschlagungen verhaftet. Es handelt sich um den Kassierer der nationalsozialistischen Angestelltenorganisation der Vorstadt Siedlung Julius Pepte, den Vorsitzenden der dortigen Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Johann Brösch sowie um zwei weitere höhere Funktio-

näre der nationalsozialistischen Partei. Alle vier haben in gemeinschaftlicher Handlung mehrere tausend Gulden unterschlagen. Sie wurden ins Danziger Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Erster großer Streik im Dritten Reich.

Aus Chemnitz wird berichtet: Die 6000 Mann betragende Belegschaft der Wanderer-Werke hat wegen Lohnfragen die Arbeit niedergelegt. Das ist der erste große Streik im Dritten Reich. Vor der Aufrüstung hatte der Betrieb nur 2200 Arbeiter.

Im Schatten der Demokratie

Nach den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Ohne ein leidenschaftlicher Anhänger der Phrase von der formalen Demokratie zu sein, scheint es uns doch notwendig, Rückschau auf Ergebnisse zu halten, die sich in den letzten Tagen vollzogen haben, wo weitgehende demokratische Auffassung einem Staat zum Verhängnis werden könnte, wenn er diese Ergebnisse und ihre Folgen nicht richtig werten sollte. Daß sie in der Tschechoslowakei vollgerichtet gewertet werden, dessen sind wir überzeugt. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Senat in der Tschechoslowakei haben in der tschechischen Demokratie keine nennenswerten Verschiebungen gebracht, und wenn in letzter Stunde nicht unvorhergesehene Kräfte hinter den nationalsozialistischen Kulissen siegen, wird die frühere Koalition mit Einbeziehung deutscher Minister wieder das Staatsruder führen. Wir möchten nebenbei bemerken, daß wir keine Freunde davon sind, daß die deutschen Sozialdemokraten aus falsch aufgefaßter Loyalität gegenüber der tschechischen Republik wieder an dieser Koalition teilnehmen, die ihnen für eine hingebende Arbeit und Selbstaufopferung zum Verhängnis bei den Wahlen geworden ist. Über darüber steht uns die Entscheidung nicht zu. Staatsgestaltung ist mehr als negative Kritik von außerhalb. Schließlich führen unsere deutschen Freunde ihre Politik im Interesse des deutschen Menschen im Bereich der tschechischen Nation und müssen wissen, welcher Schritt der richtige ist, wobei wir ihren Wahlkampf und die ungeheuren Opfer ihrer Anhänger schätzen und ihnen die warmsten Grüße und Anerkennung darbringen.

Die Geschichte ist ein gewaltiger Lehrmeister und in der Tschechoslowakei hat man bei den Wahlen ein Bewußtsein an den Tag gelegt, das sich auf Tradition stützte. Man überjah, daß der Faschismus eine Dynamik entfaltet hat, die das deutsche Lager in einen Wahn des Anschlusses an das Dritte Reich hineinmündrierte, welcher nicht anders als zum Nachteil der deutschen „Volksgemeinschaft“ ausfallen muß. Gewiß, es ist eine Ueberschlagswelle aus den Ereignissen des Dritten Reiches auf die Massen arbeitsloser und notleidender Menschen, die sich um ihres Deutschseins willen besonders bedrückt fühlen. Wenn im Umkreis der Tscheche Arbeit, schönere Schulen, größere Zuwendungen und wohlweislich auch bessere Fürsorge hat, die gerade ihm, dem Deutschen, verjagt geblieben ist, obwohl in der Regierungskoalition auch deutsche Minister sitzen, so kann man schließlich manches begreifen. Nur die wenigsten legen sich darüber Rechenschaft ab, daß die Wahl für die Henleinfront im tschechischen Lager eine Empörung auslösen muß wegen der angeblichen Mißachtung der „Wohltaten“, die ihnen bisher als Fremdkörper erwiesen worden sind.

Wir haben bereits oben erwähnt, daß im tschechischen Lager die Wahlen keine wesentlichen Veränderungen gebracht haben. Ins deutsche Lager hat der Nazismus eine Breche geschlagen, die einerseits in gewissen Kreisen ein Bewußtsein erweckt hat, als wenn ohne Henlein nicht mehr regiert werden könnte, im tschechischen Lager aber eine Empörung ausgelöst, die dazu führt, daß man diejenigen um Henlein erst fühlen lassen will, daß man sie auf keinen Fall als gleichberechtigte Faktoren des politischen Lebens anerkennen will. Unter normalen Bedingungen wäre es eine Selbstverständlichkeit, daß die Henleinfront in die Regierungskoalition einbezogen werden müßte, daß man sie ins Präsidium des Parlaments und Senats beruft und ihnen Gelegenheit gibt, ihren politischen Aktivismus zu bestätigen. Aber der deutsche Wahlerfolg hat das Gegenteil gezeitigt. Kein Mensch wird die Loyalitätserklärung der Henleinleute ernst nehmen, sie sind nicht Produkte des judetendentschen Wollens, sondern Importe der braunen Pest jenseits der Grenze, die dem Bankrott zutreibt und heute bereits ein Verhängnis für die ganze Welt ist. Darum wird man wohl begreifen, warum man im tschechischen Lager zur höchsten Vorsicht mahnt und nebenbei alles in Bereitschaft setzt, um eine künstlich mit nationalsozialistischen Phrasen groß gewordene Bewegung mit „staatsrechtlichen“ Mitteln wieder in die Enge zu treiben. Staatsrechtliche Mittel gegenüber einer gewaltigen Minderheit, wer weiß es im Augenblick nicht, daß dies zu Fehlschlägen führen kann, die das ganze deutsche Leben der Sudeten Deutschen vergiften müssen.

Belgiens Sorge um Sicherheit.

Eine außenpolitische Rede des belgischen Ministerpräsidenten.

Brüssel, 29. Mai. Zum Abschluß der außenpolitischen Aussprache im Senat hielt Ministerpräsident van Zeeland in seiner Eigenschaft als Außenminister eine längere Rede. Er ging von der Entschlieung des Völkerbundes vom 17. April aus, die, wie er erklärte, die Handlungsweise Deutschlands verurteile. Der Reichskanzler habe in seiner Reichstagsrede auf diese Entschlieung geantwortet. Diese Rede und besonders das politische Programm, das sie enthalte, erfordere ein sehr sorgfältiges Studium. Er nehme daher davon Abstand, schon jetzt dazu Stellung zu nehmen.

Van Zeeland erklärte weiter, die belgische Regierung nehme aus der Rede des Reichskanzlers zwei Punkte zur Kenntnis: 1. daß die Reichsregierung sich feierlich verpflichtet habe, die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zu verletzen und 2. daß es seine Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag anerkannt habe. Solche Versicherungen könnten und müßten mit Befriedigung aufgenommen werden, aber erst die Tatsachen, die dieser Rede folgen müßten, würden zeigen, ob diese Ausführungen dazu beigetragen hätten, das Vertrauen in Europa wiederherzustellen. Durch die deutsche Wiederaufrüstung werde die Sicherheit Belgiens direkt betroffen. Die belgische Regierung müsse angesichts dieser Tatsache versuchen, die Sicherheitsfaktoren, die sich aus dem internationalen Statut Belgiens ergeben, zu verstärken. Der Rheinpakt von Locarno sei die sicherste Grundlage für den

Frieden an einem der empfindlichsten Punkte Westeuropas. Der Pakt entspringe den unlegbar geschichtlichen Tatsachen, daß es im Interesse aller liege, das Gebiet Belgiens vor jeder Invasion zu bewahren.

Van Zeeland ging auch kurz auf das französisch-sowjetrussische Bündnis ein und erwähnte, daß man die Frage aufgeworfen habe, ob dieses Bündnis nicht geeignet sei, den Locarnovertrag in Mitleidenschaft zu ziehen. Er wies darauf hin, daß Deutschland in dieser Beziehung gewisse Vorbehalte mache. Van Zeeland machte sich in diesem Punkte den Standpunkt der englischen Regierung zu eigen, und wies auf die Erklärung Sir John Simons im Unterhaus vom 2. Mai d. J. hin, wo dieser betont habe, daß der sowjetrussisch-französische Vertrag in keiner Weise die Verpflichtungen Englands erweitere. Das französisch-sowjetrussische Bündnis könne, so erklärte der Außenminister, auch die Locarno-Verpflichtungen Belgiens weder direkt noch indirekt erweitern oder einengen.

Zum Schluß ging der Minister auf den in Aussicht genommenen westeuropäischen Luftpakt ein, der sich noch im Stadium der Vorberatung befinde. Er gab hierzu die Erklärung ab, daß Belgien angesichts seiner geographischen Lage und mit Rücksicht auf seine Streitkräfte nur in begrenztem Umfange Verpflichtungen übernehmen könne. Der Vertrag müsse im Geist und im Buchstaben dem Locarno-Vertrag angepaßt sein.

Der neue französische Botschafter in Warschau beim Staatspräsidenten.

Gestern erschien im Schloß in Warschau der neue französische Botschafter Leon Noel und überreichte dem Staatspräsidenten das Beglaubigungsschreiben seiner Regierung. Das Empfangszeremoniell des Botschafters Noel war besonders feierlich. Auch Außenminister Beck war beim Empfang des französischen Botschafters zugegen.

Barrikadenlämpfe in Frankreich.

Paris, 29. Mai. Zu ernstern Unruhen kam es in Dyonaz (Departement Ain), wo die Menge dagegen protestierte, daß die Handwerker-Genossenschaftskasse seit zwei Monaten die fälligen Arbeitslosenunterstützungen in Höhe von 80 000 Francs nicht mehr zahlt. Angesichts der drohenden Haltung der Menge wurde Gendarmerie aus Nantua herbeigezogen. Diese Maßnahme wirkte wie Öl aufs Feuer. Durch Barrikaden versuchten die aufgebrachtsten Kundgeber, der Polizei den Weg ins Ortsinnere zu verlegen. Bei den Zusammenstößen wurden einige Gendarmen verletzt. Die Ruhe konnte schließlich wieder hergestellt werden, nachdem der Unterpräfekt von Nantua den Arbeitslosen beruhigende Zusagen gemacht hatte.

Die Wiedereröffnung der Gewerkschaften in Spanien.

Madrid, 29. Mai. Die Regierung hat, wie bereits berichtet, die stufenweise Wiedereröffnung der während der Aufstandsbewegung im Oktober geschlossenen sozialistischen Gewerkschaftsvereinigungen erlaubt. In Madrid sind sechs sozialistische Vereinigungen wieder geöffnet worden, dagegen ist das Volkshaus noch immer geschlossen. Auch in der Provinz beginnen die Behörden mit der Ergreifung von ähnlichen Maßnahmen.

Vierjährige Dienstzeit für Fliegertruppen und Kriegsmarine.

Berlin, 29. Mai. Die Durchführung der Gehebe über die allgemeine Wehrpflicht bringt eine neue Ueber-raschung mit sich: die vierjährige Dienstzeit für die Fliegertruppen und für das Flottenpersonal der Kriegsmarine. Wenn es formell dabei bleibt, daß in Friedenszeiten niemand gezwungen werden kann, länger als ein Jahr aktiven Militärdienst zu leisten, so wird als Flieger oder als Matrose aber nur derjenige zugelassen, der „freiwillig“ die Verlängerung der Dienstzeit auf sich nimmt.

